

Die Schweiz unter Druck : nach Porto Alegre - Forderungen an Bundes-Bern

Autor(en): **Strahm, Rudolf H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **22 (2002)**

Heft 42

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652163>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Schweiz unter Druck

Nach Porto Alegre – Forderungen an Bundes-Bern

Porto Alegre ist die politische und kulturelle Antwort der Globalisierten auf die Globalisierer. Das zweite Weltsozialforum vom 31. Januar bis 6. Februar 2002 in Porto Alegre versammelte unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ 51'000 Teilnehmende aus 131 Ländern, organisierte 28 Grosskonferenzen mit je über 1'000 Teilnehmenden und 700 Workshops zu Einzelthemen. Porto Alegre, auch als „Polyphonie des espoirs“ bezeichnet, ist als Sammelpunkt der international vernetzten Bewegung der Zivilgesellschaft zu verstehen, welche die globale Liberalisierung kritisch analysiert und bekämpft. Die dort erhobenen Forderungen und vorgestellten Alternativen sind ernst zu nehmen; sie werden früher oder später in den Programmen der Regierungen und auf internationalen Konferenzen auftauchen.

Porto Alegre hat auch für die Schweiz einige Herausforderungen für das 21. Jahrhundert thematisiert, die zum bisherigen Kampf gegen die Armut und gegen den ökologischen Abbau und für mehr Menschenrechte und Frieden hinzukommen werden. Wir skizzieren hier in *drei Bereichen* einige politische Folgerungen für die Politik der schweizerischen Linken und Forderungen an Bundes-Bern.

WTO-Verhandlungen und -Abkommen

Eine schwergewichtige thematische Achse konzentrierte sich in Porto Alegre auf die Vorbereitung und Begleitung der WTO-Millenniumsrunde nach Katar. Der Widerstand gegen neue Abkommen wird in den Nordländern und den Entwicklungsländern mit höchster Professionalität vorbereitet.

Der gemeinsame Nenner der in der Porto Alegre-Bewegung versammelten Welt-Zivilgesellschaft ist die Ablehnung der globalen Liberalisierungsbedingungen, wie sie im Gatt/WTO-Regelwerk und in der internationalen Finanzarchitektur völkerrechtlich verankert sind. Der Widerstand der Globalisierungsoffer im Norden und Süden und die ethische Kritik werden das Zustandekommen neuer WTO-Verträge in Frage stellen und bestimmt zu harten Auseinandersetzungen und protektionistischen Tendenzen führen.

Die Liberalisierung nach WTO-Muster hat die Ungleichheiten zwischen und innerhalb der Länder enorm verstärkt. Entgegen der Wachstumslitanei der Liberalisierungsapologeten hat eben die Integration der Dritt-Welt-Staaten die Kluft intern und weltweit vergrössert und nur jenen einen Wachstumsschub gebracht, die einen hohen Grad an innerstaatlichem Interventionismus pflegten und den multinationalen Konzernen ganz klare Rahmenbedingungen setzten, wie etwa China, Vietnam, Südkorea und Indien. Aber die WTO-Regeln haben zu einer ungeahnten Benachteiligung der hundert schwächsten Nationen auf der Welt geführt. In der Geschichte

der Neuzeit hat kein Unrechtsregime in der Welt überlebt. Die heutigen WTO-Abkommen sind ein Unrechtsregime.

Die Forderungen an Bundes-Bern sind:

- Der Bundesrat muss damit rechnen, dass der Verhandlungsprozess um die WTO-Verträge kritischer verfolgt wird als die Verhandlungen in der Uruguay-Runde. Mit sozialpolitischem und protektionistischem *Widerstand* ist zu rechnen.
- Bei den neuen WTO-Verträgen sind mindestens *Sozialstandards* und *Ökostandards* sowie *wettbewerbspolitische Regeln* als Regulierungen aufzunehmen, die dem Freihandel mindestens gleichgestellt sind. (Beim Geistigen Eigentum werden Spezialregelungen vorgeschlagen.)
- Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgewirkungen der Uruguay-Runde (Marrakesch-Abkommen 1995) wurden seinerzeit kaum im voraus diskutiert. Dem Bundesrat wird vorgeschlagen, diesmal eine unabhängige und pluralistische *Folgenabschätzung* der bisherigen und der geplanten neuen Abkommen auf Wirtschaft und Gesellschaft zu initiieren. Wenn diese nicht vom Staat durchgeführt wird, ist sie von privaten Institutionen vorzunehmen.
- Es sind bereits jetzt die nötigen *flankierenden Massnahmen* zu allfällig neuen WTO-Abkommen im Inland vorzubereiten. Zugunsten der betroffenen Branchen, Regionen, der Globalisierungsverlierer und der armen Länder werden flankierende Massnahme nötig, um die sozialen Schäden zu mindern oder mildern, etwa analog zu den flankierenden Massnahmen bei den bilateralen Abkommen Schweiz-EU.

Geistiges Eigentum – Trips-Abkommen

Das WTO-Abkommen über Geistiges Eigentum (Trips) ist ein „lausiges Abkommen“, so Michael Bailey von Oxfam, für welches sich eine Revision aufdrängt. *Trips verhindert die dringend notwendige Diffusion von Innovationen* in der Welt. Es behindert den Zugang der armen Bevölkerung zu wohlstandsfördernden Neuerungen im Bereich Pharma, Software, Technologieentwicklung und verstärkt die Marktbeherrschung durch die multinationalen Konzerne.

Die USA hatten seinerzeit in ihrer Geschichte der Industrialisierung praktisch alle damals vorhandenen Technologien, Nutzpflanzen und Nutztiere gratis aus aller Welt übernommen. Heute versuchen sie, für das 21. Jahrhundert möglichst viele Technologien, Pflanzen- und Tierarten zu patentieren und alle andern Länder mittels Handelsverträgen zur Respektierung der amerikanischen Patente zu zwingen. Damit verhindern sie die marktgerechte Diffusion neuer Technologien mit *enormen sozialen und wettbewerbspolitischen Folgen*. (Beispiele: verhinderte Anwendung von Aids-Medikamenten in Afrika; Patentierung von Essenzen des jahrhundertalten Neemabaumes in Indien durch die Amerikaner; Monopolposition in der Computersoftware usw.) Das 21. Jahrhundert wird in der Weltwirt-

schaft von einem Ringen um Geistiges Eigentum und Wissensvormacht geprägt sein.

In Porto Alegre wurde von NGO aus Nordländern (z.B. Oxfam, Free Software Foundation in USA, u.a.) ganz klar die Forderung nach einer Revision des Trips-Abkommens gestellt. Die Engländer sind heute der Auffassung, dass die Frage des Geistigen Eigentums nicht im Rahmen der WTO weiterverfolgt werden sollte, sondern dass die Regeln des Trips-Abkommens von der WTO losgelöst und in einem separaten Regelwerk weltweit angegangen werden müssten.

Die Forderungen an Bundes-Bern:

– Die Frage des *Geistigen Eigentums* wird zu einer wirtschaftspolitischen Frage ersten Ranges. Das Verhältnis zu Patent- und Urheberrechten ist zu überdenken. Vor allem die *Patentierung des Lebens* (Tier- und Pflanzenarten) und die *wettbewerbsrechtliche Flankierung* zur Verhinderung der Marktbeherrschung durch einzelne Konzerne müssen neu überprüft werden.

– Die Schweiz muss sich für die *Revision des Trips-Abkommens* einsetzen, um einen bessern Zugang der ärmeren Länder zu Fortschrittstechnologien zu ermöglichen.

– Die in Vorbereitung befindliche Revision des Patentrechts zur Patentanerkennung von gentechnisch veränderten Organismen (z.Z. Vernehmlassungsverfahren) muss gekoppelt werden mit *Wettbewerbsregeln*, die eine Marktbeherrschung durch einzelne Konzerne ausschliesst.

Finanzplatz Schweiz

Ohne irgendeine Initiative und ohne Zutun der Schweizer Delegation wurde das Fluchtkapital und die „parasitäre Funktion des Finanzplatzes Schweiz“ gleich an mehreren Veranstaltungen in Porto Alegre zum Thema.

Die Steuerkonkurrenz unter den Staaten und die Kapitalflucht in Steueroasen, „Tax Heavens“, werden im Zuge der Globalisierung zu einem gravierenden Problem. Die britische Entwicklungsorganisation Oxfam rechnete vor, dass der Staat in den Entwicklungsländern durch Steuerflucht so viel an Steuereinnahmen verliert, wie die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe aller Industrieländer ausmacht.

Die multinationalen Konzerne haben mehr und mehr die Möglichkeit, durch Standortwahl und buchhalterische Steuertricks (Transferpricing usw.) die Steuern weltweit auf praktisch Null zu reduzieren. Die Kapitalflucht in Offshore-Zentren und Steuerparadiese durch reiche Oberschichten führt zu einer zusätzlichen Dekapitalisierung der Entwicklungsländer. Allein aus den karibischen Finanzplätzen liegen nach Erhebungen der Schweizerischen Nationalbank sage und schreibe 167 Milliarden Franken bei Schweizer Banken, und aus Lateinamerika weitere 49 Milliarden (Passivgelder und Treuhandvermögen, Ende 2000). Der Vertreter von Attac-Deutschland drohte in Porto Alegre unverhohlen, die Attac-Bewegung werde sich

europaweit gegen jedes neue Abkommen zwischen der Schweiz und der EU zur Wehr setzen, solange die Regierung in der Schweiz ihre „parasitäre Steuerpolitik“ nicht korrigiert.

Die Forderungen an Bundes-Bern:

– Es ist zu erwarten, dass der Druck aus Porto Alegre mit Hilfe der Nichtregierungsorganisationen im Norden (z.B. Attac, kirchliche Kreise, Entwicklungsorganisationen, Oxfam) auch betreffend *Kapitalflucht* zunehmen wird. Die bisherige schweiz-interne Kritik wird somit aus dem Ausland, besonders aus der EU, Unterstützung erhalten. Die Bemühungen um die *Entschuldung* der ärmeren Länder werden zudem in Zukunft mit der Kapitalfluchtfrage gekoppelt werden.

– Der Bundesrat kann seine Wagenburg-Doktrin „Das Bankgeheimnis ist unverhandelbar“ international auf die Dauer nicht durchhalten. Der internationale Druck wird durch die Globalisierung wachsen.

– Die Philosophie des internationalen Steuerwettbewerbs unter den Staaten gilt als unsozial, entwicklungsfeindlich und staatschädigend. Sie wird nicht nur von Hochsteuer-Ländern und Entwicklungsländern, sondern auch von den USA und von grossen englischen Organisationen abgelehnt und bekämpft.

– Die bereits längst formulierten innenpolitischen Forderungen nach Erweiterung der *internationalen Amtshilfe und Rechtshilfe* auch bei Steuerfragen sind aktueller denn je. Die Schweiz ist als Handelsnation mit 7 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten unbedeutend, hingegen steht sie als starke Finanznation weltweit im Zentrum der Bemühungen um eine *Ethisierung* der Fiskalfragen. In der Frage der Kapital- und Steuerflucht wird, nicht zuletzt auf Betreiben der US-Regierung, in der OECD, der G-7 und im IWF weiterhin Druck auf die Schweiz ausgeübt werden. Und seitens der EU werden in nächster Zeit noch deutliche Forderungen hinsichtlich Amtshilfe und Zinsbesteuerung erhoben werden. Die Wagenburg Schweiz wird sich in Zukunft nicht mehr halten können.

TAT|UND|RAT



MO-FR: 10-18.30 UND SA: 10-16 UHR
RÖSCHIBACHSTRASSE 69 8037 ZÜRICH
TEL: 01 272 63 40 FAX: 01 272 63 41
E-MAIL: TATUNDRAT@BLUEWIN.CH